

ALLESSANDRA PELLONI

Wirtschaftsdemokratie, Globalisierung und die Linke

Das Europäische Netzwerk für Alternatives Denken und Politischen Dialog (Transform) und das schwedische Zentrum für Marxistische Sozialstudien (CSM) haben am 14. und 15. Juni 2003 in einer gemeinsamen Tagung in Stockholm einen ersten Versuch unternommen, einen linken Europäischen Forschungsverbund zur Wirtschaftsdemokratie zu schaffen. Damit wird eine Thematik aufgegriffen, die eigentlich für die Linke von zentralem Interesse sein sollte, die jedoch in den letzten Jahren erstaunlich wenig Beachtung gefunden hat. Von besonderer Bedeutung ist die Beschäftigung mit Wirtschaftsdemokratie nicht zuletzt auch deshalb, weil die Arbeiterbewegung in den zurückliegenden 20 Jahren nahezu überall herbe Rückschläge sowohl in bezug auf ihr politisches Gewicht als auch hinsichtlich der Einkommensentwicklung in Kauf nehmen mußte. Zum Workshop »Wirtschaftsdemokratie und die europäische Linke im Zeitalter der Globalisierung« trafen sich Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschaftsaktivisten aus Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien und natürlich aus Schweden.

In der ersten Sitzung präsentierte *Ulla Plener* einen ideengeschichtlichen Exkurs, in dem sie sich insbesondere mit der sozialdemokratischen Tradition – die besonders auf den Staat als unverzichtbares Hilfsmittel sozialer Emanzipation baute – auseinandersetzte. Die Vorstellung, daß mit Hilfe des Staates das Maß demokratischer Kontrolle der Wirtschaft erhöht werden könnte, fände in Deutschland heute vor allem innerhalb der Gewerkschaften, der SPD und der PDS Anhänger. Von ihnen würden – nach Plener – unterschiedliche Konzepte vertreten, die von Staatsbeteiligungen an Unternehmen über die verbindliche Festlegung von sozialen Verhaltensrichtlinien für Firmen und die Unterstützung von Genossenschaften bis zur aktiven Förderung des gemeinnützigen privaten Sektors und kommunaler Betriebe reichen. Darüber hinaus ginge es um die Verstärkung der Arbeitnehmermitbestimmung sowie um die Sicherung der allgemeinen Zugänglichkeit zu öffentlichen Gütern wie Bildung, Gesundheitsvorsorge und Wohnraum. All diesen Konzepten läge die Vorstellung zugrunde, daß zivilisatorischer Fortschritt vor allem einen Abbau an sozialer Konfrontation und Polarisierung, ein Mehr an Gemeinwohlorientierung an Stelle des Vorherrschens privatkapitalistischer Einzelinteressen bedeute. Da das Kapital – wie die Geschichte zeigt – nur dann zu Zugeständnissen gezwungen werden könne, wenn es gelingt, entsprechenden sozialen, politischen und moralischen Druck aufzubauen, hänge die Zukunft der konkreten

Utopie einer demokratisierten Wirtschaft vor allem von den sozialen Bewegungen ab, die bereit seien, dafür zu kämpfen.

Stefan Sjöberg rekapitulierte in einem kurzen Abriss die Geschichte der »Lohnarbeiterfonds« (Fonds, die aus den Gewinnen der Unternehmen finanziert und von den Gewerkschaften kontrolliert wurden), die zwischen 1975 und 1992 ein zentrales Element schwedischer Sozialpolitik waren. Das Scheitern dieser Fonds läge zumindest teilweise in einer Spaltung der Lohnarbeiterschaft begründet. Diese gehe zurück auf alte Kontroversen zwischen denen, die vor allem die Eigentumsverhältnisse verändern wollten, und jenen, die eine sozialstaatliche Zählung des Kapitalismus anstrebten. Trotz des Scheiterns der »Lohnarbeiterfonds« sieht Sjöberg in der Bildung von kollektiven Fonds noch immer die beste Strategie zur Durchsetzung eines demokratischen Sozialismus, wobei er auf gewerkschaftliche Rentenfonds und Beteiligungsfonds besonders einging. Im Falle von Rentenfonds seien die Lohnarbeitenden als Gruppe zwar Eigentümer, hätten aber keinerlei reale Kontrolle.

Das Problem bestehe hier folglich darin, daß Wege gefunden werden müßten, die es den Eigentümern ermöglichen, ihre formalen Kontrollrechte auch tatsächlich auszuüben, statt die von ihnen aufgebrauchten Mittel schlicht ihrem Schicksal in der Privatwirtschaft zu überlassen. Eine Möglichkeit bestünde darin, daß diese Fonds von den Gewerkschaften geschaffen und verwaltet würden und daß sie Vertreter in die Aufsichtsräte jener Firmen entsendeten, in denen die Fonds investiert werden.

Dadurch wäre es aus Sicht Sjöbergs möglich, die Unternehmensstrategien so zu beeinflussen, daß sie nicht in Widerspruch zu den Interessen der Lohnarbeitenden gerieten; langfristig könnte dieses Modell sogar zur Übernahme ganzer Firmen durch sie führen. Bei den Beteiligungsfonds handele es sich um eine Anlageform, die aus den jährlichen Unternehmensgewinnen gespeist werde, indem entsprechende neue Anteilscheine ausgegeben würden. An den Modellen gewerkschaftseigener »Lohnarbeiterfonds« und Rentenfonds sei vor allem kritisiert worden, daß die Gewerkschaften damit in einen Interessenkonflikt gebracht würden, da sie einerseits als Vertreter der Arbeitnehmer und andererseits selbst als Arbeitgeber auftreten müßten. Beteiligungsfonds böten zudem die Möglichkeit, in die Aufsichtsräte von Firmen Personen zu entsenden, die durch Parlamente auf nationaler oder regionaler Ebene gewählt wurden und die gewissermaßen die gesamtgesellschaftlichen Interessen repräsentieren. Auch könne man sich vorstellen, daß im Zuge der Globalisierung regionale und nationale Beteiligungsfonds zu einem internationalen System verflochten werden, wodurch sie möglicherweise ein wichtiges Gegengewicht zum globalen operierenden Privatkapital bilden würden.

Zu Beginn der zweiten Sitzung vertrat *Herman Schmid* in seinem Beitrag die Ansicht, daß eine Diskussion des Demokratiedefizits in der Wirtschaft nur sinnvoll sei, wenn konkrete Elemente des Produktionsprozesses und der Arbeitsorganisation berücksichtigt würden. Dabei käme es wiederum darauf an zu unterscheiden zwischen dem Unternehmen als Organisation »für sich« und den (gesellschaftlichen) Interessen von Kapital und Arbeit. Genauso zerfalle der

In der Diskussion hat Mats Einerson in bezug auf diese Thematik allerdings zu bedenken gegeben, daß es als linke Strategie zwar generell sinnvoll sei, demokratisch-gesellschaftliches Eigentum gegenüber dem Privateigentum zu stärken, jedoch sei dieses Konzept mit vielfältigen Problemen belastet: So machten staatseigene Betriebe nur dann Sinn, wenn diese in bezug auf Sozialstandards und Umweltschutz eine Vorreiterrolle spielen würden; dies werde aber häufig dadurch verhindert, daß sie in Konkurrenz zu Privatbetrieben ständen, die solcherlei Standards nicht zu entsprechen bräuchten.

Kapitalist in zwei Charaktermasken – den Eigentümer und den Unternehmer – sowie der Arbeiter in zwei Identitäten: Einerseits arbeite er für den Selbsterhalt und andererseits produziere er für die Gesellschaft. Aus diesen Unterscheidungen ließen sich, so Schmid, drei Modelle der Demokratisierung innerhalb von Firmen ableiten – das Modell von Kapital-Eigentum, das arbeitsbezogene Modell und das Modell der Firma als autonome Einheit. Von einem demokratischen Unternehmen könne dann gesprochen werden, wenn erstens seine interne Organisation von Beteiligung und balancierten Einflußmöglichkeiten geprägt ist und wenn, zweitens, das Unternehmen für die Verbraucher und die Gesellschaft insgesamt von Nutzen ist. Das erste Kriterium könne dadurch erfüllt werden, daß das konfliktreiche Verhältnis von Management und Personal auf mehr oder weniger demokratische Weise gestaltet sei, das heißt durch gegenseitige Kontrollrechte und Gewaltenteilung. Das zweite Kriterium würde, nach Schmid, durch die unsichtbare Hand des Marktes entschieden.

Unternehmenseigentum in den Händen der Lohnarbeitenden könne jedoch zumindest partiell das erstgenannte Defizit ausgleichen. Die autonome Firma beruhe auf einem Organisationsmodell, das den Beschäftigten ein Maximum an Beteiligungsrechten zugesteht, wobei die Abstufung der Einflußmöglichkeiten von der jeweiligen Funktion innerhalb der Firma bestimmt werde. Dadurch würde ein Höchstmaß an produktiver Funktionalität gesichert. Um nun jedoch das zweite Demokratiekriterium zu erfüllen, müsse das Unternehmen von seiner Selbstbezogenheit gelöst und in ein gesellschaftliches Umfeld gestellt werden.

Spezifische Probleme der Kapitalbildung in Firmen unter Lohnarbeiterselbstverwaltung standen im Mittelpunkt des Beitrags von *Ermanno Tortia*. Hier liege der kritische Punkt vor allem darin, daß die Arbeiter darüber entscheiden könnten, ob sie den Gewinn in das Unternehmen reinvestieren oder unter sich (als Lohnerhöhung) verteilen. Im letztgenannten Fall wäre noch zu unterscheiden zwischen konsumtivem Verbrauch oder der Verwendung als individuelle Kapitalanlage in der Firma. Bei Vorherrschen einer Tendenz zur Privatisierung der Gewinne könne dies, so Tortia, schnell zu Eigenkapitalmangel auf seiten der Firma führen. Dazu komme, daß die Arbeiter in der Regel nur eine begrenzte Zeit in der Firma tätig seien. Dadurch würden zusätzliche Anreize geschaffen, die Investitionen möglichst so gering zu halten, daß der daraus erwachsende Nutzen möglichst noch in der Beschäftigungszeit des Arbeiters realisiert wird. Die Einhaltung von strikten Regeln, denen die Eigenkapitalbildung in Firmen unter Arbeiterverwaltung unterworfen werden müsse, scheine die am meisten erfolgversprechende (wenn nicht die einzige) Lösung für das Problem drohenden Eigenkapitalmangels zu sein.

Anschließend sprach *Luigi Cerri*. Als Einstieg offerierte er eine Beschreibung von Entstehung und Entwicklung von Firmen vor dem Hintergrund aktueller politischer und rechtlicher Theorien. Seine zentrale These war, daß Unternehmen hybride Institutionen seien, die den Bedingungen von Märkten unterlägen und gleichzeitig infolge ihrer Akkumulationskraft selbst in der Lage seien, den öffentlichen Raum zu gestalten. Die positivistische Trennung von Geschäft und Politik führt zur Neutralisierung letzterer. Eine politische Diskussion über Unternehmen würde deshalb zur Voraussetzung haben, daß diese Organisationen demokratischer Rechenschaftspflicht unterworfen würden.

Im Rahmen der dritten Sitzung stellte *Giulia Felice* einen Beitrag vor, in dem anhand empirischer Daten aus fünf Industrieländern und 22 Wirtschaftssektoren zwischen 1965 und 1995 nachgewiesen wurde, daß ein negativer Zusammenhang zwischen Produktivitätsentwicklung und Beschäftigungswachstum besteht. Alle politischen Strategien in bezug auf den öffentlichen Sektor hinsichtlich eines

sozialen Grundeinkommens, der Reduzierung der Arbeitszeit, der Neuverteilung von Eigentumsrechten und bezüglich neuer Finanzierungsformen sowie insbesondere mit Blick auf intendierte Arbeitsmarktreformen hätten in Rechnung zu stellen, daß sich ein zunehmender Teil der lohnarbeitenden Bevölkerung in stagnierenden Wirtschaftsbereichen mit wachsendem Konkurrenzdruck befände. Giulia Felice warf dann die Frage auf, ob eine linke Politik diesen Trend bei Aufrechterhaltung der Marktmechanismen umkehren könne. Ein solcher denkbarer Politikansatz könne zum Beispiel in einer Doppelstrategie bestehen, einerseits die Einkommensverteilung so zu ändern, daß die Nachfrage nach Industriegütern steigt, und andererseits die Entwicklung neuer Produkte und Wirtschaftszweige zu fördern. Oder solle die Linke ein grundsätzlich anderes Herangehen praktizieren und die gegenwärtige Situation ausnutzen, um einen radikalen Wandel in jenen Institutionen herbeizuführen, die die Produktion und Verteilung von Ressourcen regeln?

Ernesto Screpanti plädierte für eine kritische Bestandsaufnahme der Marxschen Kommunismus-Theorie im Bereich der Konsumtion, die davon ausgehe, daß das »Prinzip der Freiheit« letztendlich das »Prinzip der Notwendigkeit« (das »Prinzip des freien Zugriffs« das »Prinzip der erworbenen Anrechte«) ablöse. Das »Prinzip der Freiheit« unterstelle, daß jeder nach seinen Bedürfnissen auf das Sozialprodukt zugreifen könne. Es gebe keine scharfe, auf ein historisches Datum fixierte Trennlinie zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Tatsächlich wurden zu allen Zeiten und in allen Produktionsweisen bestimmte öffentliche Güter (Verteidigung, Polizei, Justiz) – und sei es nur als öffentliche Güter für bestimmte Klassen – bereitgestellt. In Krisenzeiten erscheint die Erzeugung öffentlicher Güter teuer und ist folglich Gegenstand von Verteilungskonflikten. Das Wachstum der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern hätte zur Herausbildung eines sozialen Sektors geführt, der faktisch eine kommunistische Form der Ressourcenverteilung darstellt. Wenn es nur um die Konsumtion ginge, erschiene Kommunismus möglich, ohne den Kapitalismus zu überwinden. Kommunismus könne jedoch auch als ein gesellschaftlicher Zustand verstanden werden, in dem die Arbeitenden für sich selbst arbeiten. Da ginge es dann vor allem um die (Um-)Verteilung von Macht statt von Gütern. Machtverhältnisse erscheinen allerdings einer graduellen Veränderung a priori unzugänglich. Während es auf der Mikroebene keinen gradualistischen Übergang von einer kapitalistischen Firma zu einem Unternehmen unter Kontrolle der Lohnarbeitenden geben könne, sei es auf der Makroebene durchaus vorstellbar, daß ein Sektor von Firmen unter Kontrolle der Lohnarbeiterschaft mit kapitalistischen Konzernen konkurriere. Je größer jedoch die Menge der sozialen Güter sei, je einflußreicher soziale Bewegungen würden, je größer die Entscheidungsspielräume außerhalb der Firmen seien, je mehr Freizeit verfügbar sei, um so größer würden die Potentiale für Lohnarbeitende, sich als selbstbestimmte politische Akteure zu formieren und ein entsprechendes Bewußtsein zu entwickeln. Um so größer würde schließlich auch ihr Vermögen sein, sich erfolgreich mit Machtfragen im Produktionsprozeß auseinanderzusetzen.

Peter Molgaard erläuterte ein dänisches Modell für ein Grundeinkommen, das nach Bruno Jerups Berechnungen sich auf 7800 DKR oder ca. 1250 US-Dollar für jeden Dänen belaufen könnte – unterstellt sei eine Steuerquote von 70 Prozent auf alle anderen Einkommensformen und die Abschaffung aller anderen Sozialleistungen. Dies würde vor allem die unteren Einkommenschichten erheblich besser stellen und es ihnen ermöglichen, nach einer besser-bezahlten Arbeit zu suchen oder ihre berufliche Qualifikation zu erhöhen. Ein Grundeinkommen würde es vielen Menschen ermöglichen, sich politischen, kulturellen und künstlerischen Aktivitäten zuzuwenden, freiwillige Sozialarbeit zu leisten und so die Zivilgesellschaft zu bereichern. Insgesamt könnten dadurch Freiräume entstehen, die es ermöglichen, mit neuartigen kreativen Lebensmodellen zu experimentieren, die materielle Konsumtion einzuschränken und soziales Engagement zu erhöhen. Idealerweise sollte ein Grundeinkommen weltweit eingeführt werden.

In der vierten Sitzung analysierten *Johan Ehrenberg* und *Sten Ljunggren* en detail, warum eine zentralistische Planwirtschaft keine wünschenswerte Alternative zum Kapitalismus sei – eine Position, die auch von anderen Rednern vertreten wurde. Das Scheitern des Zentralplanmodells sowjetischen Typs dürfe weder allein auf den inhärenten Mangel an Demokratie zurückgeführt werden, noch wäre es durch die Einführung verbesserter mathematischer Planungsmethoden abzuwenden gewesen. Selbst dann gäbe es zum Beispiel keine Lösung für die Einbeziehung spontaner Veränderungen in den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen, zudem blieben die zwangsläufig extrem hierarchischen Planungsstrukturen bestehen. Eine sozialistische Alternative müsse sich also mit dem Markt als nicht ersetzbares wirtschaftliches Steuerungssystem abfinden. Jedoch müsse das Privateigentum an Produktionsmitteln ersetzt werden durch eigentumslose (non-owned), selbstverwaltete Unternehmen. Zudem bedürfe der Markt unbedingt politischer Einflußnahme, um eine möglichst gerechte Verteilung von Chancen, Einkommen und Vermögen zu sichern.

Im letzten Beitrag des Workshops befaßte sich *Gaetan Flocco* mit den negativen Auswirkungen der Globalisierung (das heißt der internationalen Finanzmärkte) auf die Arbeitsbedingungen in französischen Unternehmen. Er zeigte, daß neo-marxistische Ansätze heute in Frankreich zur Erklärung von Produktionsverhältnissen mehr leisten als die herkömmliche Arbeitssoziologie, und schlußfolgerte, daß Forderungen nach mehr Wirtschaftsdemokratie eine Veränderung des Eigentumsrechts zur Voraussetzung hätten.

Wie dieser Überblick zeigt, wurden auf dem Workshop unterschiedlichste Aspekte des Demokratieproblems in der Wirtschaft zur Diskussion gestellt. Die Forschungsgruppe Wirtschaftsdemokratie wird ihre Debatten fortsetzen. Sie sollen – wie es Herman Schmid formulierte – ein Stück vorwärts bringen auf dem Weg zu »jener sozialen Gesellschaftsform, die unsere Vorväter ›Kommunismus‹ nannten ...«.

Aus dem Englischen von Arndt Hopfmann